

II 0372 Do, 08.Mär 2012

Zeitgeschichte/Nationalsozialismus/Denkmäler/Kommunales/Wien

Standortentscheidung für Wiener Deserteursdenkmal soll bald fallen

Utl.: Anschließend Ausschreibung für Gestaltung - Aussagen des Kameradschaftsbundes sorgten für Aufsehen =

Wien (APA) - Zwar wird schon seit längerem am Wiener Denkmal für Deserteure der NS-Wehrmacht geplant - nach der Ablehnung durch den Kameradschaftsbund steht das Projekt nun aber plötzlich im Mittelpunkt des Interesses. Details dazu gibt es noch nicht, der Standort soll jedoch bald feststehen. Die entsprechende Entscheidung könnte noch vor Ostern fallen. Das hat der Klubchef der Wiener Grünen, David Ellensohn, am Donnerstag im Gespräch mit der APA betont.

Laut Ellensohn tagt derzeit die Expertengruppe, die ein konkretes Projekt ausarbeitet. Die Entscheidung über den Standort wird demnächst erwartet. Sehr viele werden dabei nicht zur Wahl stehen, wie der Grün-Politiker vermutete. Denn die Umsetzung sei allein aus technischen Gründen nicht überall möglich. Das in die Gespräche eingebundene Personenkomitee "Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz", ein 2008 gegründeter Verein, hatte wiederholt für eine Erinnerungsstätte am Heldenplatz plädiert.

Wie das Mahnmal dann konkret aussehen wird, wird erst danach entschieden. Denn es sei sinnvoll, zuvor den Platz zu fixieren, betonte Ellensohn. Geplant sei, die Gestaltung im Rahmen einer Ausschreibung zu entscheiden. Im vergangenen Februar beschloss der Kulturausschuss des Gemeinderats jedenfalls bereits erste Finanzmittel: Für die Vorarbeiten an dem Projekt wurden 25.000 Euro genehmigt.

Derzeit sind mehrere Arbeitsgruppen mit der Umsetzung des Deserteursdenkmals beschäftigt. Sie klären nicht nur die Standortfrage, sondern nehmen unter anderem auch vergleichbare Mahnmale in Europa unter die Lupe. Die Errichtung eines Denkmals für Wehrmachtsdeserteure ist im rot-grünen Koalitions пакт festgeschrieben.

Für großes Aufsehen hatte am Mittwoch der Österreichische Kameradschaftsbund gesorgt, der sich vehement gegen das Vorhaben aussprach. Man protestierte "in aller Schärfe" dagegen, ein solches Denkmal auf Kosten der Steuerzahler zu errichten, hieß es etwa. Desertion sei immerhin ein Strafdelikt, das in allen Rechtsstaaten mit Sanktionen verfolgt werde. Der Kameradschaftsbund forderte die Stadt auf, die Pläne ad acta zu legen.

Dafür setzte es massive Kritik von mehreren Seiten. Die rot-grüne Koalition in Wien reagierte etwa umgehend - mit der Bekräftigung, dass das Denkmal wie geplant umgesetzt werde. Für die Aussagen des Kameradschaftsbundes habe man kein Verständnis, wurde betont. Auch Verteidigungsminister Norbert Darabos (S) kritisierte diesen: "Die Desertion im Dritten Reich mit jener in rechtsstaatlichen Demokratien zu vergleichen, verharmlost das menschenverachtende Nazi-Regime." (Schluss) mac/spu

APA0236 2012-03-08/12:20

081220 Mär 12